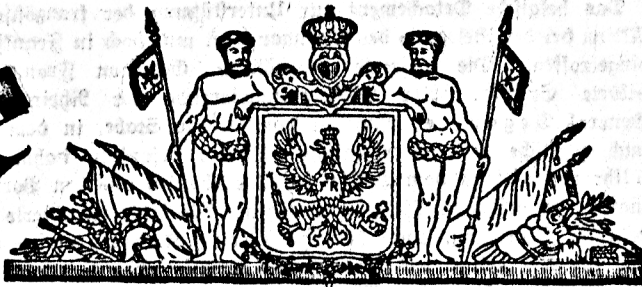


Woffische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Woffische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtage nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Allgemeine Verlosungstabelle, Karzettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatl. 10.— M., durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus; durch die Post 9.— M. (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zelle 8.— M. u. 40% Teuerungsausgleich, Familienanzeigen 1,50 M netto die Zelle. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22/26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

Drohung von links und rechts.

Die pommerische Gefahr.

Erklärungen des Reichswehrgruppenkommandos I.

Der Reichswehrminister Geßler erklärte in seiner Rede in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung, über die wir an anderer Stelle ausführlich berichten, die Gefahr in Pommern sei groß. Einer unserer Mitarbeiter nahm Gelegenheit, beim Reichswehrgruppenkommando I Näheres über diese Äußerung Erkundigungen einzuziehen. Der Stabschef des Reichswehrgruppenkommandos I gab uns folgende Erklärung: „Die Truppen in Pommern sind absolut verfassungstreu und regierungstreu. An ihrer Spitze steht Generalmajor Weber, ein sehr umsichtiger, ruhiger, durchaus der Regierung ergebener Mann, der u. a. an der Spitze der Offiziere des Reichswehrministeriums stand, die General v. Lüttich am 17. März zum Rücktritt aufforderten. Aufmerksamkeit ist allerdings darauf zu verwenden — und das ist ja auch bekannt — daß ein großer Teil der ehemaligen Angehörigen der „Eisernen Division“ als Landarbeiter auf pommerischen Gütern tätig sind. Aber diese Leute können auch nichts unternehmen, so lange in Pommern die Reichswehr regierungstreu ist.“

Die Deutschnationale Volkspartei veröffentlicht heute früh in ihren sämtlichen Organen eine Erklärung, in der zu den Ausführungen des Kanzlers und des Reichswehrministers über die neuen Putschgefahren von rechts Stellung genommen wird. Die Partei verweist in dieser Erklärung „erneut auf den verfassungsmäßigen Standpunkt der Partei, die jede verfassungswidrige Handlung verurteilt. Putsche, von welcher Seite auch immer sie kommen, müssen heute von unabsehbaren Folgen für das Vaterland begleitet sein... Für Elemente, die sich an verfassungswidrigen Handlungen beteiligen, ist kein Platz in der Deutschnationalen Volkspartei.“

Der Hamburger Senat verhandelt mit dem Gewerkschafts-Kartell über Sicherungsmaßnahmen gegen neue reaktionäre Bestrebungen. Alarmierende Gerüchte behaupten, sämtliche Reichswehrtruppen, die während des Kapp-Putsches sich als verfassungstreu erwiesen haben, seien aus Hamburg nach dem Osten abtransportiert worden. Demgegenüber wird von militärischer Seite behauptet, es handle sich lediglich um eine geringe Zahl von Mannschaften, die einige überanstrengte Grenzschutzpatrouillen ablösen sollen. Der Versuch, die abgelösten Truppen in Neu-Strelitz unterzubringen, ist mißlungen, weil die Regierung von Mecklenburg-

Die Rede des Reichswehrministers.

Die Nationalversammlung hat gestern die Aussprache über die Erklärung der Reichsregierung beendet. Den Höhepunkt der Verhandlungen bildete die Rede des Reichswehrministers Geßler. Sie machte einen ganz außerordentlich starken Eindruck, der nicht nur auf ihren Inhalt zurückzuführen war, sondern mehr noch auf die Tatsache, daß sie einen überlegenen staatsmännischen Geist verriet. Wie alle Reden großen Stils wirkte sie noch mehr auf den Hörer, als auf den Leser. Auch die außerordentlich schweren Anklagen, die der Reichswehrminister gegen den unabhängigen Abgeordneten Braß erhob, wurden offenbar nicht vorgebracht, um einen politisch Unbequemen einer Schuld zu zeihen und einen rhetorischen Effekt zu erzielen. Was ihnen die lautlose Aufmerksamkeit sicherte und jeden Widerspruch auch in den unabhängigen Reihen von vornherein ausschloß, das war der Geist, der die ganze Rede des Reichswehrministers beherrschte und in scheinbar nebensächlichen Wendungen zum Ausdruck kam. Es war der Geist der Sachlichkeit, der niemand zu Lieb, niemand zu Leid redet und nur der Gesamtheit dienen will. Die Unabhängigen hatten ohnedies keine glückliche Wahl getroffen, als sie den Reichswehrtageungsverleger Otto Braß als ihren Sprecher wählten. Seine bedenkenlose, ungehemmte Leidenschaftlichkeit, die der Kontrolle und Disziplin entbehrt, hat diesem noch jugendlichen Mann im Industriesektor unter den Massen der früher politisch indifferenten einen Anhang verschafft, der sich an einem wertlosen, einem Wortradikalismus berauscht und für eine verantwortliche Politik unzugänglich ist. Auf dem ersten Rätekonferenz hat er als Vorsitzender einer Fraktion der „revolutionären Arbeiter und Soldaten“ eine sehr laute, aber wenig fruchtbare Rolle gespielt. Daß er in der Nationalversammlung der unabhängigen Fraktion angehört, bedeutet für einen Mann seiner Art keine Bindung und für die Partei keinen Gewinn. Was er an Einzelheiten und Beweisstücken vorbringt, tritt durch Wohllosigkeit und Gemüthslosigkeit. Wer lieber Senegalneger als Schwabische und Bayerische Arbeiter- und Bauernsoldaten im Ruferever sieht, kann nicht erwarten, daß ihm das deutsche Volk und seine Vertretung Vertrauen im Glauben schenkt. Dieser Mann hat, wie der Reichswehrminister auf Grund einer Meldung des Oberpräsidenten in Koblenz mitteilte, der

Strelitz dagegen Einspruch erhob, und die Transporte nicht nach Neu-Strelitz hereln ließ. Jetzt hat sich Müdel bereit erklärt, diese Truppen aufzunehmen.

In einer außerordentlichen Delegiertenversammlung des Münchener Gewerkschaftsvereins wurde über die politische Lage berichtet und dabei zum Ausdruck gebracht, daß die in München betriebene reaktionäre Hege die Arbeiterschaft Bayerns eventuell ebenso zum Generalstreik zwingen könne wie die des Reiches. Aufgabe der Gewerkschaften sei es, für alle Fälle gerüstet zu sein. Ministerpräsident v. Kaahr möge an sich den besten Willen haben, aber es fehle ihm an Kräften zur Durchführung seines guten Willens. Das große Risiko im gegenwärtigen Lager müsse von der Arbeiterschaft mit vollster Aufmerksamkeit beobachtet werden. Der Redner ersuchte dringend, nicht mit dem Worte „Generalstreik“ zu spielen, aber alles vorzubereiten, damit diese Maßnahme, wenn sie für notwendig erachtet würde, sofort und mit voller Wucht zur Durchführung komme.

Watters Berliner Besprechungen.

General v. Watter, der Befehlshaber des Wehrkreis-Kommandos Minister, der vorgestern auf Befehl des Reichswehrministers Geßler hier eintraf, um über die Lage im Ruhrgebiet dienstlichen Bericht zu erstatten, ist gestern abend wieder abgereist. Vorgestern fanden Besprechungen mit dem Reichspräsidenten und den Ministern Geßler und Severing statt. Gestern verhandelte der General im Reichstag mit zahlreichen Parlamentariern der verschiedensten Parteien. In den Unterhaltungen erklärte der General u. a., daß die Truppen seines Befehlsbereiches streng auf dem Boden der Verfassung ständen. Die bisherigen Angriffe gegen die Truppen im Industriegebiet seien bis jetzt durch nichts erwiesen. Seine persönliche Stellungnahme in dieser unendlich schwierigen Lage sei durch seine Aufrufe und durch die Erklärungen, die er seiner vorgelegten Dienststelle gemacht habe, klar gekennzeichnet. Er selbst sei nichts als Soldat.

Beim Reichspräsidenten fand, wie wir hören, gestern abend eine Besprechung mit dem Reichswehrminister Geßler und General v. Oberhausen über den Neuaufbau der Reichswehr statt, wie er in der gestrigen Rede des Reichswehrministers in der Sitzung der Nationalversammlung bereits kurz angedeutet wurde.

Rheinlandkommission gegenüber die unwahre Behauptung aufgestellt, in der neutralen Zone befänden sich nicht 18 000, sondern 80 000 deutsche Soldaten, und er hat ferner einem Enten-Journalisten die Beweisstücke für ein angebliches Zusammenwirken von Reichswehrführern mit den Organistoren des Militärputsches übergeben, während die Reichsregierung seit Wochen vergeblich die dringende Bitte an ihr gerichtet hatte, ihr das Material im Interesse der gerichtlichen Untersuchung zur Verfügung zu stellen. Die Entschuldigungen, die Braß zum Schluß der Aussprache vorbrachte, machten nur geringen Eindruck. Die Stimmung der Nationalversammlung ging fast einhellig in der Richtung, die der Reichsjustizminister Blum durch die Mitteilung andeutete, er werde die von Geßler verlesenen Depeschen dem Oberreichsanwalt zur Prüfung überweisen, ob nicht die Grundlätze für ein Verfahren wegen Landesverrats gegeben sei.

Daß die dreitägigen Verhandlungen, die der Reichsminister mit scharfen Angriffen gegen die Rechte eingeleitet hatte, einen derartigen Abschluß finden konnten, belastet das Konto des Abgeordneten Braß um so mehr, als der Anchein entstehen könnte, daß die dringendste Gefahr im Augenblick von spartakistisch-bolschewistischen Elementen drohe. Die Mittelungen, die an anderer Stelle dieses Blattes gemacht sind, zeigen, daß die Drohung von rechts nicht minder ernst ist. Dabei muß hervorgehoben werden, daß unter dem Eindruck der Ereignisse seit den Wärtagen keine Partei, auch nicht die Deutschnationale Volkspartei, die furchtbare Gefahr verkennet, die jede neue Erschütterung bedeuten würde. Diese Erkenntnis zum Gemeingut zu machen, muß die Aufgabe aller politisch Verantwortlichen, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, sein. Es geht diesmal um alles, um das Reich und die Nation, für jetzt und vielleicht für immer.

Der Gewinn der Aussprache lag in dem persönlichen Vertrauen, das sich der Reichswehrminister durch sein Auftreten zu erwerben verstanden hat. Seine Aufgabe ist die schwerste, seine Verantwortung die größte, die auf irgendeinem Deutschen lastet. Die Stunde verlangt von ihm eiserner Energie, ohne Ansehen der Person. Parte Strenges wird unentbehrlich sein. Jedoch möchte man auch nicht die Gefinnung missen, die in dem Wort zum Ausdruck kam, daß militärische Erfolge im Bürgerkrieg schmerzhaft sind.

Warnung!

Schon während der Kapp-Tage gingen in Berlin alle möglichen Gerüchte um, daß Kapp und seine Leute wiederholt den Versuch gemacht hätten, ihre Herrschaft durch eine Verbindung des Militärs mit den extremen Kreisen von der linken Seite zu stützen. Die Devise lautete: Ein Kabinett Eubendorff-Däumig. Aus den inzwischen erfolgten mehrfachen Veröffentlichungen über die intimen Vorgänge während der Kapp-Zeit geht nun allerdings hervor, daß dieser Wunsch der Freunde von Kapp sehr einseitig geblieben war, denn der unabhängige Führer Däumig, der zu einem Besuch in die Reichskanzlei gebeten war, erschien nicht, und die damaligen Gewalthaber in der Reichskanzlei mußten sich damit begnügen, mit einem inzwischen aus der unabhängigen Sozialdemokratie ausgeschlossenen, mehr künstlerisch als politisch veranlagten Eingänger zu verhandeln. Aber am Ende der Kapp-Periode, als Kapp selbst bereits zum Rücktritt entschlossen und die beteiligten Militärkreise nur noch um die Frage der Beendigung kämpften, wurde wiederholt erzählt, daß einzelne Offizierkreise in ernst zu nehmenden Unterhandlungen mit Kommunisten stünden, um unabhängig von der Kapp-Regierung eine Diktatur aufzurichten. Der Plan, der diesen Kreisen angeblich vor-schwabte, war, in Verbindung mit der russischen Sowjetrepublik den Kampf gegen Frankreich aufzunehmen. Im Hintergrund stand dabei, wie gleichfalls berichtet wurde, bei den Militärs die Absicht, hinterher mit englischer Hilfe die Bolschewisten niederzuringen.

Diese phantasiervollen Gerüchte erschienen uns so vage und wild, daß wir damals von ihnen keine Kenntnis nahmen und auch bis auf den heutigen Tag geneigt blieben, sie ins Bereich der Märchen zu verweisen. Es lag um so weniger Veranlassung vor, auf sie zurückzukommen, als man annehmen durfte, daß die allgemeine Nervenspannung nach der Beseitigung der Kapp-Gefahr eine Beruhigung der Gemüter zur Folge haben würde, zumal die letzten politischen Vorgänge doch wirklich mehr als alles andere das gesamte deutsche Volk zu ruhigster Besonnenheit ermahnen mußten.

Leider scheint aber die Putschgefahr durchaus noch nicht beseitigt. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß in Deutschland noch einzelne Versuchswörterherde bestehen. Und die Nachrichten, die uns in den letzten Stunden von Leuten zugegangen sind, die durchaus ernst genommen werden müssen, zwingen uns zu den nachfolgenden Darlegungen. Dieser Zwang erscheint uns um so größer, als unsere Gewährsleute durchaus nicht etwa nur den politisch links orientierten Kreisen entstammen. Vielmehr gehen uns die gleichlautenden Warnungen auch von Männern zu, die ihrer politischen Überzeugung nach sehr weit rechts stehen.

Es handelt sich um Dinge, die bereits das Berliner Organ der unrigigen Sozialdemokratie Deutschlands, die „Freiheit“, gestern früh anzudeuten schien, als sie schrieb:

„Einige (monarchistische Offiziere) haben den Versuch gemacht, sich an die radikalen Parteien zu verkaufen.“

Tatsächlich besteht seit einigen Tagen eine durchaus nicht leicht zu nehmende Verbindung zwischen einigen kommunistischen Gruppen und einer Anzahl ebenso unüberlegter wie tatkräftiger Offiziere, von denen man nicht weiß, welche Gefolgschaft sie besitzen. Es sei ausdrücklich betont, daß die kommunistische Partekals solche ebensowenig hinter diesen verbrecherischen Plänen steht, wie irgendeine der rechtsstehenden Parteien. Es handelt sich zunächst nur um Grüppchen und Geheimbünde. Aber man weiß ja, welche Bewirtung ein paar hundert Bewaffnete in diesen Zeitläuften anrichten können.

Der Plan geht auch diesmal wieder dahin, die Regierung an sich zu reißen und gemeinsam mit Sowjetrußland den Kampf gegen Frankreich aufzunehmen. Wenn man bedenkt, daß augenblicklich fast in allen deutschen Gauen einzelne Teile des Offizierkorps um ihre Stellungen besorgt und Mannschaften mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden sind, daß viele Tausende deutscher Männer der bürgerlichen Beschäftigung entzogen, gern bereit sind, als Landstwehne Waffendienst zu tun, so ergibt sich ein Gesamtbild, das zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß gibt, auch wenn man annimmt, daß es sich zunächst nur um ein paar Häuptlinge handelt.

Der Reichswehrminister darf sich angesichts solcher Vorgänge und Zustände nicht durch beruhigende Erklärungen der Parteien in Sicherheit wiegen lassen. Allerdings gibt es keine Partei in Deutschland von rechts und von links, die als solche neue Putsche und gewaltsame Aufstände billigt. Aber es gibt auch keine Partei, die heute für ihre Anhänger soweit bürgen kann, daß die Führer in der Lage sind, irgendwelche Gewähr dafür zu leisten, daß Deutschland nicht eines Tages wieder unter einem neuen Schreden erwacht.

Wenn die Vorbereitungen jener rotweissen Putschisten zur Tat reifen könnten, so würde das nicht bloß eine Gefahr für die Demokratie und die Republik, sondern es würde den völligen Zusammenbruch Deutschlands bedeuten. Was bisher feindlichen Militärkräften nicht gelungen ist, den deutschen Süden vom deutschen Norden zu trennen, müßte